

Publikation

Sylvia Dietl (2022): Transformation und Neustrukturierung des DDR-Rundfunks im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands. Akteure, Interessen, Prozesse. München, Utzverlag

Abstract

Dem Wandel von Mediensystemen wird in der Transformationsforschung wenig Beachtung geschenkt, was angesichts der immensen Bedeutung des Übergangs von einer Autokratie zur Demokratie ein großes Defizit darstellt. Forschungsziel dieser Arbeit ist es, zu analysieren, wie sich der Transformationsprozess des Staatsrundfunks der DDR und seine Integration in das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem der Bundesrepublik vor und nach der staatlichen Wiedervereinigung im Jahr 1990 vollzogen haben. Vor dem Hintergrund des Systemwechsels bedeutete dies einerseits die Überleitung bzw. Auflösung von Hörfunk und Fernsehen der DDR und andererseits die Konstituierung einer gesamtdeutschen Rundfunkordnung. Dies erforderte ordnungspolitische Entscheidungen mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz.

Daraus ergibt sich die Forschungsfrage: Welche Akteure haben mit ihren unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen das strukturelle Ergebnis der Rundfunkneuordnung in Ostdeutschland bestimmt? Um dies zu beantworten, wird der rundfunkpolitische Handlungs- und Entscheidungsprozess rekonstruiert und analysiert. Dadurch lässt sich das Zustandekommen der ordnungspolitischen Entscheidungen und strukturellen Ergebnisse kausal erklären. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von Oktober 1989 bis 31. Dezember 1991. Er umfasst den Gesamtprozess und wurde in drei zeitliche Transformationsphasen eingeteilt.

Die empirische Untersuchung ist eine deskriptive Politikfeldanalyse konzipiert als Einzelfallstudie. Als theoretisches Paradigma und Analyseraster wird der akteurzentrierte Institutionalismus zugrunde gelegt. Dieser Ansatz wird verknüpft mit dem Phasenmodell eines Systemwechsels aus der Transformationsforschung. Die Datenbasis bilden neben Literatur primäre und sekundäre Quellen, wie z.B. Dokumente, Expertengespräche und Presseartikel. Die Datenauswertung erfolgt qualitativ durch Literatur-, Quellen- und Dokumentenanalyse.

Der medienpolitische Entscheidungsprozess brachte folgende gesamtdeutsche Rundfunkstruktur hervor (1. Januar 1992): Der DDR-Rundfunk („Einrichtung“) war aufgelöst und überführt. Zu den neun bestehenden ARD-Anstalten traten mit dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und dem Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) zwei neue öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten hinzu; Mecklenburg-Vorpommern trat dem NDR-Staatsvertrag bei; der SFB erweiterte sein Sendegebiet auf Gesamt-Berlin. Deutschlandfunk, RIAS Berlin und der Ostsender DS-Kultur fusionierten zum „Deutschland-Radio“ unter dem Dach von ARD/ZDF. Die Untersuchung zeigt, dass die Strukturentscheidungen im Osten von teils langanhaltenden Konflikten der konkurrierenden politischen Akteure begleitet wurden. Diese waren geprägt von Eigeninteressen, Machtkalkül und Verteilungskonflikten. Auffällig sind massive Steuerungsversuche und Einflussnahmen der westdeutschen politischen Akteure. Diese wurden begünstigt durch eine ausgeprägte Machtasymmetrie infolge des Eliten- und Institutionentransfers. Daher blieben innovative Gestaltungsimpulse der ostdeutschen Akteure unberück-

sichtigt. Hinzu kam die Besetzung der Führungspositionen in den neuen Rundfunkanstalten mit westdeutschen Akteuren. Deutlich wird, wie die öffentlich-rechtlichen Anstalten den rundfunkpolitischen Entscheidungsprozess aktiv im Sinne ihrer Eigeninteressen zu beeinflussen suchten. Integrative Aspekte spielten kaum eine Rolle. Im Ergebnis fand eine unveränderte Übertragung des bundesdeutschen Rundfunksystems auf die neuen Länder statt.